

30.9.2020

A9-0160/23

**Änderungsantrag 23**  
**Luke Ming Flanagan**  
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**  
**Jörgen Warborn**  
Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik – Jahresbericht 2018  
(2019/2197(INI))

**A9-0160/2020**

**Entschließungsantrag**  
**Ziffer 48 a (neu)**

*Entschließungsantrag*

*Geänderter Text*

***48a. fordert die Kommission in Anbetracht der schwerwiegenden Verletzung der Menschenrechte durch die Sicherheitskräfte in Kolumbien auf, die Klauseln über Demokratie und Menschenrechte solcher Abkommen anzuwenden, da sie wesentliche Bestandteile dieser Abkommen sind; weist darauf hin, dass die Aussetzung teilweise erfolgen und gezielt auf diejenigen Wirtschaftszweige angewendet werden kann, die aus der Ermordung und Vertreibung der Bevölkerung einen Nutzen ziehen, z. B. die Ölpalmen- und Bananenproduktion; fordert die nationalen Parlamente, die dieses Abkommen nicht ratifiziert haben, auf, dies so lange zu unterlassen, bis ein wirksamer Mechanismus eingerichtet ist, mit dem die Einhaltung des Fahrplans und der wesentlichen Elemente des Abkommens sichergestellt werden kann;***

Or. en

**Änderungsantrag 24**  
**Luke Ming Flanagan**  
 im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**

A9-0160/2020

**Jörgen Warborn**

Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik – Jahresbericht 2018  
 (2019/2197(INI))

**Entschließungsantrag****Ziffer 49***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

49. *erinnert an* seinen in seinem vorherigen Bericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik zum Ausdruck *gebrachten Standpunkt*; betont, dass der von den Kommissionsdienststellen vorgelegte 15-Punkte-Aktionsplan vom 27. Februar 2018 eine gute Grundlage für Überlegungen darstellt, wie sich die Umsetzung der Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung verbessern ließe; weist darauf hin, dass die Abkommen der neuen Generation Klauseln über die Menschenrechte *und* Kapitel über nachhaltige Entwicklung *enthalten*, die vollständig und uneingeschränkt umzusetzen sind, *so dass* die Achtung der Menschenrechte, der Werte der EU sowie hoher Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards sichergestellt und gefördert wird; nimmt die Bewertung der Kapitel über nachhaltige Entwicklung in dem Bericht der Kommission über die Umsetzung von Freihandelsabkommen zur Kenntnis und fordert eine zeitnahe Umsetzung der bestehenden Bestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung; fordert die Kommission auf, eine genaue und spezifische Methode für die Überwachung und Bewertung der Umsetzung dieser Kapitel zu erarbeiten, da es nicht möglich ist, ihre Beurteilung allein auf der Grundlage quantitativer Daten

49. *weist erneut auf* seinen *Standpunkt hin, den es* in seinem vorherigen Bericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik zum Ausdruck *gebracht hat*; betont, dass der von den Kommissionsdienststellen vorgelegte 15-Punkte-Aktionsplan vom 27. Februar 2018 eine gute Grundlage für Überlegungen darstellt, wie sich die Umsetzung der Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung verbessern ließe; weist darauf hin, dass die Abkommen der neuen Generation *wie die früheren Abkommen* Klauseln über *Demokratie und* die Menschenrechte *als wesentliche Elemente der Abkommen enthalten, aber auch* Kapitel über nachhaltige Entwicklung, die vollständig und uneingeschränkt umzusetzen sind, *sodass* die Achtung der Menschenrechte, der Werte der EU sowie hoher Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards sichergestellt und gefördert wird; nimmt die Bewertung der Kapitel über nachhaltige Entwicklung in dem Bericht der Kommission über die Umsetzung von Freihandelsabkommen zur Kenntnis und fordert eine zeitnahe Umsetzung der bestehenden Bestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung; fordert die Kommission auf, eine genaue und spezifische Methode für die Überwachung und Bewertung der Umsetzung dieser

durchzuführen; fordert die Kommission auf, Vorschläge dazu vorzulegen, wie die Durchsetzung der Kapitel über nachhaltige Entwicklung in Handelsabkommen gestärkt werden kann;

**wesentlichen Elemente und der Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung** zu erarbeiten, da es nicht möglich ist, ihre Beurteilung allein auf der Grundlage quantitativer Daten durchzuführen; fordert die Kommission auf, Vorschläge dazu vorzulegen, wie die Durchsetzung **der Klauseln über Demokratie und Menschenrechte sowie** der Kapitel über nachhaltige Entwicklung in Handelsabkommen gestärkt werden kann;

Or. en

30.9.2020

A9-0160/25

**Änderungsantrag 25**  
**Luke Ming Flanagan**  
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**  
**Jörgen Warborn**  
Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik – Jahresbericht 2018  
(2019/2197(INI))

**A9-0160/2020**

**Entschließungsantrag**  
**Ziffer 56**

*Entschließungsantrag*

56. ist der Ansicht, dass die Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung in Handelsabkommen eine der Triebkräfte für die auswärtige Dimension des europäischen Grünen Deals sein sollten; betont, dass **jedes neue CO<sub>2</sub>-Ausgleichssystem mit den Regeln der WTO und den Freihandelsabkommen der EU im Einklang stehen sollte; betont, dass Unternehmen aus der EU keinen Wettbewerbsnachteil erleiden sollten;**

*Geänderter Text*

56. ist der Ansicht, dass die Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung in Handelsabkommen eine der Triebkräfte für die auswärtige Dimension des europäischen Grünen Deals sein sollten; betont, dass **die EU auf WTO-Ebene handeln muss, um sicherzustellen, dass keine WTO-Regel dem neuen CO<sub>2</sub>-Ausgleichssystem oder den zur Bekämpfung des Klimawandels notwendigen Maßnahmen entgegensteht;**

Or. en

30.9.2020

A9-0160/26

**Änderungsantrag 26**  
**Luke Ming Flanagan**  
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**  
**Jörgen Warborn**  
Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik – Jahresbericht 2018  
(2019/2197(INI))

**A9-0160/2020**

**Entschließungsantrag**  
**Ziffer 63**

*Entschließungsantrag*

*Geänderter Text*

63. **begrüßt** die **Ankündigung der Kommission, Anfang 2020 einen** Leitenden Handelsbeauftragten (CTEO) **zu ernennen**, der die Einhaltung der Handelsabkommen der EU überwachen und verbessern **soll; stellt fest, dass die Vorschriften der EU-Handelsabkommen wirksam durchgesetzt werden sollten, um ihre Wirksamkeit sicherzustellen und Marktverzerrungen zu beseitigen; betont, dass diese neu geschaffene Stelle insbesondere auf die Umsetzung und Durchsetzung der Handelsabkommen der EU** sowie **auf** Verstöße gegen Verpflichtungen in Bezug auf Marktzugang, Handel und nachhaltige Entwicklung **ausgerichtet sein sollte**; vertritt die Ansicht, dass der Leitende Handelsbeauftragte nicht nur die Umwelt- und Arbeitsschutzverpflichtungen im Rahmen der EU-Handelsabkommen mit Drittländern überwachen und durchsetzen sollte, sondern die Umsetzung aller Kapitel von Handelsabkommen im Blick behalten sollte, so dass ihr Potenzial in vollem Umfang genutzt wird; fordert die Kommission auf, seine Rolle weiter zu konkretisieren;

63. **nimmt** die **Ernennung des neuen** Leitenden Handelsbeauftragten (CTEO) **zur Kenntnis**, der die **Umsetzung und** Einhaltung der Handelsabkommen der EU überwachen und verbessern sowie Verstöße gegen **die** Verpflichtungen in Bezug auf Marktzugang, Handel und nachhaltige Entwicklung **untersuchen soll**; vertritt die Ansicht, dass der Leitende Handelsbeauftragte nicht nur die Umwelt-, **Menschenrechts-** und Arbeitsschutzverpflichtungen im Rahmen der EU-Handelsabkommen mit Drittländern überwachen und durchsetzen sollte, sondern die Umsetzung aller Kapitel von Handelsabkommen im Blick behalten sollte, so dass ihr Potenzial in vollem Umfang genutzt wird; fordert die Kommission auf, seine Rolle weiter zu konkretisieren;

Or. en

30.9.2020

A9-0160/27

**Änderungsantrag 27**  
**Luke Ming Flanagan**  
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**  
**Jörgen Warborn**  
Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik – Jahresbericht 2018  
(2019/2197(INI))

**A9-0160/2020**

**Entschließungsantrag**  
**Ziffer 64**

*Entschließungsantrag*

*Geänderter Text*

64. fordert den Rat auf, eine rasche und zeitnahe Einigung über das Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen zu erzielen, um Rechtssicherheit, Gegenseitigkeit und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure aus der EU zu schaffen; fordert die Aufnahme eines globalen Verzeichnisses unabdingbarer Produkte für die medizinische Notversorgung, um künftig zu verhindern, dass Anbieter aus Drittländern während globaler Pandemien missbräuchliche Praktiken im internationalen Handel anwenden; stellt fest, dass sich die Märkte der EU für die **öffentliche Auftragsvergabe** weltweit durch den höchsten Grad an Offenheit auszeichnen und dass bestimmte Drittländer **einen sehr eingeschränkten Zugang zu ihren Beschaffungsmärkten gewähren**; betont, wie wichtig es ist, Gegenseitigkeit und gegenseitigen Nutzen im Bereich des Zugangs zu Märkten und zum öffentlichen Beschaffungswesen zum Nutzen der Unternehmen aus der EU zu fördern;

64. fordert den Rat auf, eine rasche und zeitnahe Einigung über das Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen zu erzielen, um Rechtssicherheit, Gegenseitigkeit und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure aus der EU zu schaffen; fordert die Aufnahme eines globalen Verzeichnisses unabdingbarer Produkte für die medizinische Notversorgung, um künftig zu verhindern, dass Anbieter aus Drittländern während globaler Pandemien missbräuchliche Praktiken im internationalen Handel anwenden; stellt **mit Besorgnis** fest, dass sich die Märkte der EU für die **Vergabe öffentlicher Aufträge** weltweit durch den höchsten Grad an Offenheit auszeichnen und dass bestimmte Drittländer **den Zugang zu einem Teil dieser Märkte vorsichtig beschränkt haben, um ihre lokalen KMU zu schützen**; betont, wie wichtig es ist, Gegenseitigkeit und gegenseitigen Nutzen im Bereich des Zugangs zu Märkten und zum öffentlichen Beschaffungswesen zum Nutzen der **Bürger und** Unternehmen aus der EU zu fördern;

Or. en

30.9.2020

A9-0160/28

**Änderungsantrag 28**  
**Luke Ming Flanagan**  
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**  
**Jörgen Warborn**  
Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik – Jahresbericht 2018  
(2019/2197(INI))

**A9-0160/2020**

**Entschließungsantrag**  
**Ziffer 69**

*Entschließungsantrag*

*Geänderter Text*

69. ist besorgt über die kontinuierliche Ausweitung der Mechanismen für Schiedsverfahren zwischen Investoren und Staaten im Rahmen von Investitionsabkommen; weist darauf hin, dass diese parallelen Justizsysteme so gestaltet sind, dass sie die Interessen und Rechte von Unternehmen begünstigen, nicht aber ihre Pflichten und Verantwortlichkeiten, und dass sie den politischen Spielraum und das legitime Recht der Staaten, regulierend einzugreifen, gefährden können; verurteilt die Tatsache, dass Anwaltskanzleien inzwischen für sich Werbung machen, dass sie ausländische Investoren dahingehend beraten können, wie sie aufgrund staatlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie im Rahmen von Schiedsverfahren Klage erheben könnten; fordert ein dauerhaftes Moratorium für alle Schiedsklagen, die sich auf Maßnahmen beziehen, mit denen die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen der Pandemie und ihre Auswirkungen angegangen werden;

69. ist besorgt über die kontinuierliche Ausweitung der Mechanismen für Schiedsverfahren zwischen Investoren und Staaten im Rahmen von Investitionsabkommen; weist darauf hin, dass diese parallelen Justizsysteme so gestaltet sind, dass sie die Interessen und Rechte von Unternehmen begünstigen, nicht aber ihre Pflichten und Verantwortlichkeiten, und dass sie den politischen Spielraum und das legitime Recht der Staaten, regulierend einzugreifen, gefährden können; verurteilt die Tatsache, dass Anwaltskanzleien inzwischen für sich Werbung machen, dass sie ausländische Investoren dahingehend beraten können, wie sie aufgrund staatlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie im Rahmen von Schiedsverfahren Klage erheben könnten; fordert ein dauerhaftes Moratorium für alle Schiedsklagen, die sich auf Maßnahmen beziehen, mit denen die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen der Pandemie und ihre Auswirkungen angegangen werden, ***sowie ein Ende der Verhandlungen über jede Art von Mechanismus zwischen Investoren und Staaten, mit dem spezielle Rechtssysteme eingeführt werden, in denen Unternehmen und ausländischen Investoren Privilegien gewährt werden;***

AM\1214596DE.docx

PE658.341v01-00

